

Die Schmerzgrenze ist erreicht
Der Streit um Windräder in Mecklenburg-Vorpommern
Ein Reportage-Feature von Alexa Hannings
Redaktion: Jens Brommann

Eine Landstraße bei Crivitz in der Nähe von Schwerin. Feierabendverkehr. Am Straßenrand ein Polizeiauto, ein Polizist und eine Frau mit roter Warnweste.

„Ohne Verkehrssicherung geht hier nichts!“

Die Frau mit der Warnweste ist die Bürgermeisterin von Crivitz und acht umliegenden Dörfern: Britta Brusck-Gamm. Mitte 50, Kurzhaarschnitt, moderne Brille. Gelernte Erzieherin und Versicherungsfachfrau. Eher nicht der Typ, der mit Warnweste und Trillerpfeife auf Demos geht - und sie gar organisiert.

„Das ist ´ne Bundesstraße! - lacht - Das ist natürlich ganz schön frech, die zu sperren. Aber wenn wir Aufmerksamkeit möchten, müssen wir auch so was tun. Leider Gottes müssen wir heute zu solchen Mitteln greifen, das finde ich eigentlich so schade.“

Wie an jedem Freitag seit ein paar Wochen finden sich auf der B 321, kurz vor dem Ort Wessin, bis zu 150 Demonstranten ein. Ihre Plakate sind handgemalt, sie zeigen Windräder im Größenvergleich zu ihren Häusern, tragen Aufschriften wie „Schluss mit dem unkontrollierten Windkraftausbau“, „Kein Anbau von Windrädern“, „Natur ist alles - unser Dorf ohne Windkraft“ oder einfach nur „Es reicht!“. Schon seit fünf Jahren lenkt in Crivitz keine Partei mehr die Geschicke der Stadt, sondern eine Wählergemeinschaft, der die Bürgermeisterin angehört.

„Was mich besonders als Bürgermeisterin bewegt ist: Wir sprechen so viel über die Unterstützung und Stärkung des ländlichen Raums. Und man macht hier etwas - man lässt die Menschen einfach im Regen stehen. Man spricht mit ihnen nicht darüber. Sie haben überhaupt gar keine Chance richtig. Im Moment ist der Eindruck: Es passiert gegen diese Menschen. Es wird einfach ignoriert, welche Auswirkungen das hat.“

In den Gemeinden rund um Crivitz gibt es schon mehr als 100 Windkraftanlagen. Nun sollen noch mehr dazu kommen.

Heiko Böhringer aus Ludwiglust ist auch zur Demonstration gekommen. Er engagiert sich beim Aktionsbündnis „Gegen den unkontrollierten Windkraftausbau - Freier Horizont“, einem Zusammenschluss von mehr als 50 Bürgerinitiativen aus Mecklenburg-Vorpommern. Mitglieder des Bündnisses stellen sich am kommenden Sonntag in vielen Kommunen und Kreistagen zur

Wahl. Als Stadtvertreter und Kreistagsmitglied vertritt Heiko Böhringer Ludwigslust im regionalen Planungsverband Westmecklenburg.

„Wir haben uns bemüht, eine vernünftige Regionalplanung hinzukriegen. Doch die kriegen wir nicht hin, wenn nebenbei genug andere Kriegsschauplätze aufgemacht werden. Kriegsschauplätze sind: „Teilflächennutzungspläne Wind“ oder „Bimsch-Verfahren“, wie es ja hier auch stattfinden sollte. Dass durch die Hintertür versucht wird, an der Regionalplanung vorbei vollendete Tatsachen zu schaffen. Wir haben jetzt 47 Gebiete in der Ausweisung, was die Regionalplanung angeht. Und das ist eine Regionalplanung, die taugt dann ganz einfach nichts mehr.“

Die Lösung heißt für Heiko Böhringer: Stopp. Vorerst.

„Schleswig-Holstein hat vor vier Jahren eine ganz ähnliche Situation gehabt. Da hat die Landesregierung ein Moratorium verhängen. Und das ist eine Grundforderung, mit der wir letztendlich jetzt an die Landesregierung herantreten.“

„Kommunen im Widerstand“. „Gegenwind für Windpark-Bauer“. „Hunderte Widersprüche gegen neue Windräder“. „Die Schmerzgrenze ist erreicht“. Im Wochentakt stehen Überschriften dieser Art in den Tageszeitungen von Mecklenburg-Vorpommern. Längst sind es nicht mehr nur einzelne Bürger, Naturschützer oder Mitglieder von Bürgerinitiativen, die sich gegen den ihrer Meinung nach überproportional forcierten Ausbau von Windrädern wehren. Auch Gemeinden, Bürgermeister oder ganze Landkreise sowie Mecklenburger Bundestagsabgeordnete wie der CDU-Politiker Eckhart Rehberg sprechen sich dagegen aus, zum jetzigen Zeitpunkt immer weitere Windräder zu bauen.

„So ihr Lieben, die Absperrung steht, ihr kennt das Spiel ja schon. Also, nochmal alle herzlich willkommen ...“

Auf der Bundesstrasse vor Wessin hat Bürgermeisterin Britta Brusck-Gamm zum Megaphon gegriffen. Lange Reden muss sie nicht halten, alle wissen, worum es geht: Nicht noch mehr Windräder zu den bestehenden mehr als 100 Anlagen in den Gemeinden rund um Crivitz.

„...Und wir treffen uns wieder hier!...Atmo Demo, Pfeifen...“

Die Motive hier mitzulaufen sind unterschiedlich. Reinhard und Irene Eggers sind aus Zapel gekommen. Er, ein älterer, bärtiger Herr im Jäger-Outfit will sich für den Schutz der Vögel einsetzen.

„Das ist zu doll, was hier gemacht wird. Im vorigen Jahr saßen hier 10 000 Wildgänse. Die kommen jedes Jahr hierher. Das ist vorbei. Wir haben hier auch sehr, sehr viele Kraniche. / Frau Eggers: Du kannst nicht nur die Vögel in Schutz nehmen! Uns Menschen geht es auch an den Kragen! - Natürlich. - Wir werden hier zugepflastert. Das kann doch nicht sein. Dann sollen sie überall ein bisschen hinmachen, aber nicht hier alles! Und wir zahlen den Strom noch teurer wie überall. - Hallo Reini! - Hallo...“

Hinter Familie Eggers läuft eine dunkelhaarige Frau mit Zopf, Ende 40: Annett Scheurich aus der Gemeinde Groß Niendorf/Zölkow. Auf ihrem Pappschild steht: Trotz 70 Windrädern pleite! Grundsteuer erhöht!

„Ich lebe in einer Gemeinde mit mehr als 70 Windrädern. Und unsere Gemeinde hat letztes Jahr die Grundsteuer erhöht, weil wir pleite sind! Von der Gewerbesteuer kommt nichts an, die eigentlich gezahlt werden müsste. Und das ist das Tragische. Ich könnte mit den Windrädern leben, aber so, wie das hier läuft, das geht gar nicht. Es gibt Gemeinden, da hat sich in Lohmen, das ist gar nicht weit weg, ein Windkraftbetreiber niedergelassen, die UKA Nord. Diese Gemeinde weiß nicht wohn mit ihren Steuergeldern. Die haben 800 Einwohner genauso wie Zölkow, dort steht nicht ein einziges Windrad! Das ist unglaublich.“

Auch in Stralendorf, einem Ort im Speckgürtel von Schwerin, sollen 19 Anlagen gebaut werden. Bürgermeister Hellmut Richter informiert darüber im überfüllten Gemeindehaus.

Ich freue mich sehr, dass der Saal voll ist, vor einer halben Stunde sah es noch so leer aus und ich dachte: Das kann doch wohl nicht sein, dass Stralendorf sich nicht mit diesem Thema auseinandersetzen möchte. Aber - ich nehme alles zurück!...

Überall in Westmecklenburg gab es in den letzten Wochen Bürgerversammlungen wie die in Stralendorf. 600 Windkraftanlagen auf über 6000 Hektar sind auf dem Gebiet zwischen Schwerin, Parchim, Ludwigslust und dem Schaalsee geplant. Bis Anfang Mai konnten Gemeinden und Bürger dazu ihre Stellungnahmen abgeben. In Stralendorf schaut man sich gemeinsam den Dokumentarfilm „End of Landschaft“ an. Filmemacher Jörg Rehmann dokumentiert darin am Beispiel des Odenwalds und Norddeutschlands die Beeinträchtigung der Menschen, der Tiere und der Landschaft durch die Ballung von Windkraftwerken. Und die Beeinträchtigung von demokratischen Prozessen – ein besonders wunder Punkt für Bürgermeister Helmut Richter.

„Mich stört einfach, wie wenig echte Mitsprache wir als Bürger tatsächlich haben. Wir sind ja nicht drei oder zwölf, sondern 1400, und ich glaube, ich spreche für viele in unserer Gemeinde. Unser Raum war ja heute auch schön gefüllt, das freut mich natürlich. Dieses privilegierte Bauen im Außenbereich - ich halte das für eine Frechheit, muss ich ganz ehrlich sagen. Denn wir werden unserer Planungsmöglichkeiten beraubt in der Gemeinde. Wesentliche Sachen werden uns vorgeschrieben oder gegen unseren Willen durchgesetzt. Das tut dann richtig weh.“

In der Praxis kann meistens nur der Nachweis besonders geschützter Tierarten den Bau neuer Windkraftanlagen verhindern. Beweise sind von den Bürgern zu erbringen, und so geht man auch in Stralendorf auf die Pirsch nach seltenen Vogelarten wie dem Rotmilan. In anderen Gemeinden wiederum werden Großvögel gezielt verjagt - so geschehen in Kreien bei Lübz, wo Interessenten an einem Windradbau direkt neben einer Nisthilfe für Greifvögel einen Lautsprecher aufstellten und ununterbrochen Lärm von Autorennern und Silvesterknallern erschallen ließen. Oder in Mühlen Eichsen: Dort wurden zwei Bäume mit Nestern des Rotmilans illegal gefällt - von beiden Ereignissen berichtete die Schweriner Volkszeitung. Es wird mit harten Bandagen gekämpft - und

es bringt Unfrieden in die Dörfer, wenn Investoren und Landbesitzer profitieren, während alle anderen nur die Last haben. Auch das neue Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz der Landesregierung wird daran nicht viel ändern, ist der Stralendorfer Bürgermeister Helmut Richter überzeugt. Die Idee des Gesetzes: Projektträger müssen für neue Windräder eine haftungsbeschränkte Gesellschaft gründen und Anteile von mindestens 20 Prozent den unmittelbaren Nachbarn zur Beteiligung anbieten. Das betrifft Anwohner und Gemeinden im Umkreis von fünf Kilometern. Bürgermeister Richter findet, die Gemeinde gehe als Anteils Käufer ein zu hohes Risiko ein.

„Das sind ja hoch riskante Geschäfte, die da den Gemeinden zugemutet werden. Wer weiß denn, ob man mit dieser Windenergieanlage tatsächlich Geld erwirtschaftet? Wir haben da ja keine I-A-Lage wie an der Ostsee. Das kann ich doch gar nicht als Bürgermeister verantworten, da Geschäfte mit zu machen.“

Christian Pegel ist der Energieminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der SPD-Politiker hat das von Bürgermeister Richter und anderen Kommunalpolitikern kritisierte Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz maßgeblich mit gestaltet. Er sieht kein hohes Risiko für die Kommunen, wenn sie sich an Windkraftprojekten beteiligen. Im Gegenteil: Die EEG-Umlage gebe Sicherheit.

„Sie haben eine hohe Gewähr, dass das Geld kommt. Sie wissen auf 20 Jahre, was kommt. Sie machen im Regelfall - schon weil die Banken das verlangen, um überhaupt solche Projekte finanzieren zu können - sehr detaillierte Gutachten, mit welchen Windintensitäten und damit Ertragsintensitäten man umgeht. Von daher sind Sie in einem Bereich, der eigentlich wirtschaftlich sehr genau kontrolliert wird. Und ich erlebe, dass Gemeinden genau diesen anderen Weg gehen und sich beteiligen. Und für viele Jahre, für zwei Jahrzehnte, halbwegs berechenbare Einnahmen haben.“

Keine Gemeinde werde gezwungen, sich an Windrädern vor ihrer Haustür zu beteiligen. Wohl aber werden die Unternehmer mit dem neuen Landesgesetz verpflichtet, künftig einen Teil ihrer Einnahmen in der Gemeinde zu belassen - bundesweit ist dies ein einmaliges Gesetz.

„Deshalb klagen ja auch vor dem Bundesverfassungsgericht nicht Gemeinden, die es nicht wollen, gegen uns. Sondern ein Unternehmer, der sagt: Ihr nehmt mir etwas weg. Also auch er scheint davon auszugehen, dass es ein hoch lukratives Geschäft ist. Und dass mit unserem Gesetz etwas hängen bleiben wird bei den Bürgerinnen und Bürgern.“

Und zwar unabhängig davon, in welchem Ort eine Windkraftfirma ansässig ist. Entscheidend ist, wo gebaut wird - und genau dorthin, zu jenen, die auch mit Beeinträchtigungen zu leben haben, soll das Geld fließen. Christian Pegel hofft, dass in diesem Jahr die ersten Bürger- und Gemeindebeteiligungen realisiert werden, denn erst die nach 2016 geplanten Anlagen fallen unter das Gesetz. Alternativ zu einer direkten Beteiligung an den Windrädern können die Gemeinden vom Projektträger auch eine jährliche Abgabe einfordern.

„Da hat die Gemeinde gar kein Risiko - das einzige Risiko ist, dass die Windkraftanlage abbrennt und ein halbes Jahr nicht produziert. Aber da wird sie im Zweifelsfall versichert sein. Das ist das einzige Risiko, das die Gemeinde hat. Im Regelfall passiert das nicht. Sie profitiert dann von guten Windjahren. In schwächeren Windjahren ist weniger Wind geerntet worden und dann ist auch die Abgabe ein Tick geringer. Aber es ist relativ fest berechenbar, welche Einnahmen kommen. Aber noch mal: Die Beteiligung bringt keinen schlechteren Ertrag, sondern besseren, und auch das geschieht zunehmend von Kommunen in unserem Lande.“

In Wöbbelin bei Ludwigslut hat man schon damit begonnen: Die Firma „Naturstrom“ und die Gemeinde gründeten eine Bürgerenergiegesellschaft. Die Flächen gehören der Gemeinde, die daraus Pacht beziehen wird. Vier bis fünf Windräder sind geplant - dafür erstellte die Gemeinde einen Teilflächennutzungsplan. Jenes Instrument, das andere Kommunalpolitiker als „Hintertür“ bezeichnen, eine Hintertür, mit dem die Regionalplanung der Planungsverbände aufgehoben werde.

„Die Hintertür halte ich für eine falsche Formulierung. Flächennutzungspläne mit Teilfunktion meint Gemeinden, die sich ganz bewusst für etwas entscheiden. Dann ist das die originärste Form von kommunaler Selbstverwaltung. Dass Gemeinden sagen: Wir machen einen Teilflächennutzungsplan, wir wollen an der Stelle Windkraft haben. Der Planungsverband ist dann nach deren Sicht nicht zügig genug, ihre Wünsche umzusetzen. Dadurch, dass in Westmecklenburg aktuell kein wirksamer Plan besteht, gilt das allgemeine Bundesrecht. Ich kann also an jeder Stelle einen Antrag stellen. Und das tue ich, indem ich eine bundesimmissionschutzrechtliche Genehmigung beantrage.“

Das sind die sogenannten BImSch-Verfahren, von Kritikern genauso moniert wie die Teilflächennutzungspläne. Das Dilemma: Kein einziger der vier Planungsverbände in Mecklenburg-Vorpommern hat zur Zeit eine gültige Regionalplanung. Sie alle hatten keinen Bestand vor Gerichten. An neuen Plänen wird, je nach Region, seit fünf, sechs Jahren gearbeitet. Deshalb fehlt dieses Steuerinstrument, das eigentlich festlegen soll, wo in der Region konzentriert Windkraftanlagen gebaut werden dürfen und wo nicht. Und deshalb entsteht bei vielen das Gefühl, hier werde an der Regionalplanung, an Gemeinden und Bürgern vorbei gebaut. In einer ähnlichen Situation verhängte die Landesregierung in Schleswig-Holstein ein Moratorium für den Windkraftausbau. Diesen Weg hält Energieminister - und Jurist - Christian Pegel in seinem Bundesland nicht für praktikabel.

„In Mecklenburg-Vorpommern sind drei Planungsverbände relativ weit. Die stehen kurz vor dem Abschluss. Von daher glaube ich, dass wir mit deren Plänen mehr erreichen als mit der rechtlich nicht ganz einfachen Konstruktion eines Moratoriums. In der Sache selbst kann ich immer nur jedem, der das Moratorium in Schleswig-Holstein beklatscht, anraten, sich die Bauzahlen in Schleswig-Holstein in den letzten sechs, sieben Jahren - das ist etwa die Laufzeit, seitdem dort die Pläne verworfen wurden - anzuschauen.“

Viele Mecklenburger meinen trotzdem, die Schmerzgrenze sei überschritten, im wahrsten Sinne des Wortes. Auch Astrid Wagner und Gerhard Sieveking aus Rakow, wenige Kilometer von der Ostsee entfernt. Schon viele Jahre drehen sich in ihrer unmittelbaren Nähe elf Windräder. Ihr Rauschen ist

immer präsent. Damit konnten sie leben. Bisher. Ihr Problem heißt: Repowering. Die alten Windräder waren 100, die neuen sind 150 Meter hoch. Sie machen durch die größeren Rotorenblätter mehr Lärm und: Sie stehen nur 475 Meter entfernt.

„Damit hat sich einiges für uns insofern verschlechtert, weil wir nach wie vor ständig den Geräuschen ausgesetzt sind. Zudem deutlich stärkerer Schattenschlag auf unser Grundstück und in unser Haus schlägt. Was sich auch verändert hat seit dem sogenannten Repowern, also Erhöhen der Anlage ist, dass sie jetzt aufgrund der Höhe nachts blinken.“

Als vor 20 Jahren die alten Anlagen errichtet wurden, galten geringere Abstände zu den Häusern. Jetzt sind die Windräder um ein Drittel höher, aber der Abstand wurde nicht auf die nun in Mecklenburg-Vorpommern gesetzlich vorgeschriebenen 1000 Meter vergrößert. Das können die Windkraftbauer erreichen, indem sie die Anlagen als „Forschungs“- oder „Testanlagen“ deklarieren. Gerhard Sieviking bezeichnet das als „Tricksereien“.

„Regenerative Energiegewinnung, da bin ich ein wirklicher Befürworter. Was mich so enttäuscht, wenn die Abstandsregelungen und die Schutzkriterien für mich als Mensch - ich habe gelernt, das Amt nennt mich „Schutzgut Menschen“. Dass ich derartig beeinträchtigt bin in meiner Freizeit- und Lebensqualität. Ich habe immer etwas mit diesen Windrädern zu tun. Und ich bin sehr enttäuscht, dass die Behörden sehr viel Interesse zeigen für die Investoren der Windenergie, aber nahezu kein Interesse zeigen für mich als Betroffenen.“

Gerhard Sieviking hat noch nicht ganz resigniert. Er führt minutiöse Protokolle über den Schlagschatten, der sein Wohnzimmer von November bis März trifft. Er will will den Klageweg gehen. Aufdecken, welche Auflagen und Gesetze nicht eingehalten wurden beim sogenannten „Repowering“ so dicht vor seinem Haus. David gegen Goliath.

12 Terrawattstunden hat Mecklenburg-Vorpommern 2017 aus erneuerbaren Energien erzeugt - doppelt so viel, wie es verbraucht. Das Land will Energie-Exportland sein. Die Energiewende werde an Akzeptanz gewinnen, ist sich Energieminister Christian Pegel (SPD) sicher. Ein kleiner Baustein komme zum anderen: Zum Beispiel würden nun die Netzentgelte gerechter verteilt. Bisher wurden sie nur auf die Bewohner des Bundeslandes umgelegt, in dem der Strom erzeugt wird - eine Schieflage, wenn im einkommensschwachen Mecklenburg-Vorpommern der Strom teurer ist als anderswo.

„Das war der unfaire Teil. Da haben wir lange als Bundesland, gemeinsam mit anderen Bundesländern, gefochten. Man hat 2017 den Weg bereitet, dass zumindest die Stromautobahnen, die uns alle berühren, dass die Stück für Stück bundesweit umgelegt werden. Und zwar gleichmäßig. Dass hier ein bisschen Entlastung entsteht und in westdeutschen Bundesländern zum Teil ein bisschen die Belastung stärker wird.“

Die Argumente auszutauschen, wird noch Zeit brauchen. Die meisten Menschen, die mit Trillerpfeifen und selbstgemalten Pappschildern auf die Straße gehen, sind nach eigener Auskunft

nicht gegen Windkraft. Aber sie möchten mitgenommen werden, informiert und mit ihren Sorgen wahrgenommen.

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.